

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Dr. Gottfried von  
Knoblauch zu Hatzbach  
(Bild pop)

die Hoffnungen, die Ärztinnen und Ärzte auf eine neue Gesundheitspolitik der frisch gewählten Regierungskoalition in Berlin setzen, sind groß. Wir wünschen uns nichts mehr und nichts weniger als den Aufbau einer neuen Gesundheitskultur. Weg von der einseitigen Ausrichtung auf die Öko-

nomisierung hin zu einem Gesundheitswesen mit menschlichem Gesicht, in dem der Patient im Mittelpunkt steht und – wie Bundesärztekammerpräsident Professor Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe es treffend formuliert hat – Ärzte wieder Ärzte sein können. Dies bedeutet auch, dass das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis als unverzichtbare Grundlage jedes therapeutischen Erfolgs anerkannt wird. Ob unsere Hoffnungen berechtigt sind, kann niemand zum jetzigen Zeitpunkt vorhersagen, doch lässt der Koalitionsvertrag von CDU und FDP Chancen auf Veränderungen erkennen. Die neue Regierung hat das Ziel, die medizinischen Versorgungsstrukturen an der demographischen Entwicklung der Gesellschaft auszurichten und einer weiteren Kommerzialisierung des Gesundheitswesens entgegen zu wirken. Man möchte die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf sichere Beine stellen und das Vertrauen von Bürgern und Ärzten in die Gesundheitspolitik erneuern. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden und Patienten mehr Wahlmöglichkeiten erhalten. Gleichzeitig will die neue Koalition die Freiberuflichkeit der Ärzte festigen.

Was dürfen wir in Hessen von einer Neuausrichtung der Gesundheitspolitik auf bundespolitischer Ebene erwarten? Helfen die Vorgaben aus Berlin bei der Lösung unserer Probleme? Dass uns der Schuh in vielerlei Hinsicht drückt, ist unübersehbar. An erster Stelle steht die Sorge um den sich immer deutlicher abzeichnenden Nachwuchsmangel im ärztlichen Beruf. Nur wenn junge Menschen wieder Freude an ihrer Tätigkeit empfinden, weil die Rahmenbedingungen stimmen und das, was sie gelernt haben – die ärztliche Versorgung von Pati-

enten nämlich – ihren Arbeitsalltag ausmacht, werden sie sich für den Arztberuf entscheiden. Noch sind die Verhältnisse allerdings anders. Nach wie vor suchen viele junge Ärztinnen und Ärzte nach alternativen Tätigkeitsfeldern oder kehren Deutschland den Rücken zu. Besonders schmerzlich registrieren wir den Ärztemangel in ländlichen Regionen Hessens, wo niedergelassene Ärztinnen und Ärzte im Pensionsalter immer größere Schwierigkeiten haben, Nachfolger für ihre Praxen zu finden. Wie können wir gemeinsam mit der Politik dafür sorgen, dass sich diese Entwicklung mit ihren unabsehbaren Folgen für die Versorgung der Bevölkerung auf dem Land nicht weiter fortsetzt? Ein Gespräch mit Vertretern der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und Mitgliedern des Präsidiums der Landesärztekammer hat Anlass zur Hoffnung gegeben. Dr. med. Ralf-Norbert Bartel, Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit, Familie und Gesundheit, erklärte, dass Hessen auf die ambulante Versorgung durch Niedergelassene setze. Noch in diesem Jahr würden die Koalitionsparteien eine Initiative in den hessischen Landtag einbringen, um gegen die Defizite bei der medizinischen Versorgung in den Regionen vorzugehen. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen eine Verkleinerung der Planungsbereiche der Kassenärztlichen Vereinigung für den hausärztlichen Bereich, die Möglichkeit der Kommunen, durch Unterstützungsleistungen die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten zu fördern sowie die Übernahme geeigneter Methoden anderer Bundesländer. Dazu könnte etwa die Gewährung von Stipendien für Medizinstudenten gehören, die sich nach dem Examen verpflichten, aufs Land zu gehen. Dass Fördermaßnahmen für die niedergelassene Praxis auch dem Trend, als angestellte Ärztin oder Arzt ohne eigene finanzielle Verantwortung in Medizinischen Versorgungszentren zu arbeiten, entgegen wirken, liegt auf der Hand. Wir müssen, das ist meine feste Überzeugung, jungen Ärztinnen und Ärzten wieder die Sicherheit und das Zutrauen geben, dass mit einer eigenen Praxis auch eine ausreichende Lebensgrundlage geschaffen werden kann. Dies geht jedoch nur mit Unterstützung durch die Politik – eine Forderung, die wir ebenfalls bei der stationären Versorgung erheben. Die beruflichen Rahmenbedingungen von Krankenhausärztin-

nen und -ärzten müssen sich auch im Interesse der Patientensicherheit entscheidend verbessern, in kommunalen Krankenhäusern ebenso wie in Kliniken, die von privaten Betreibern geführt werden. Nach dem Gespräch mit den Politikern zeichnet sich die Aussicht ab, dass die monistische Finanzierung von Krankenhäusern möglicherweise wieder eingeführt wird, um diese auf ein sicheres Fundament zu stellen. Wie im niedergelassenen muss auch im stationären Bereich die Vergütung von Ärztinnen und Ärzten für ihre hoch qualifizierte Arbeit stimmen. Es ist zu hoffen, dass die geplante Novellierung des hessischen Krankenhausgesetzes wesentliche Verbesserungen für Beschäftigte und Patienten zur Folge haben wird.

In den vergangenen Jahren hat der Gesetzgeber immer wieder eine engere Verzahnung und Kooperation von ambulanter und stationärer Versorgung gefordert. Auch hier erwarten wir von der Politik klare Regelungen im Sozialgesetzbuch, damit Ärztinnen und Ärzte nicht länger zu Sündenböcken gemacht werden. Da es auf Weihnachten zugeht, füge ich meiner Wunschliste für das neue Jahr noch ein großes Anliegen hinzu: Das Abhören von Ärzten fügt der vertrauensvollen Arzt-Patienten-Beziehung einen immensen Schaden zu. Ich fordere die Politik daher auf, Ärztinnen und Ärzte in dem neuen Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) genauso vor Abhörmaßnahmen zu schützen, wie die anderen Berufsgruppen auch. Wenn dieses Vertrauen aufs Spiel gesetzt wird, erwachsen der Gesundheitspolitik weitere tiefgreifende Probleme.

Ich wünsche Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Familien und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im beruflichen Umfeld und in der Landesärztekammer eine geruhsame, beschauliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das Neue Jahr. Für Ihr Engagement und Ihren Einsatz danke ich Ihnen herzlich,

Ihr

Dr. med. Gottfried von Knoblauch  
zu Hatzbach, Präsident